

DAS MCC WIRD LIQUIDIERT

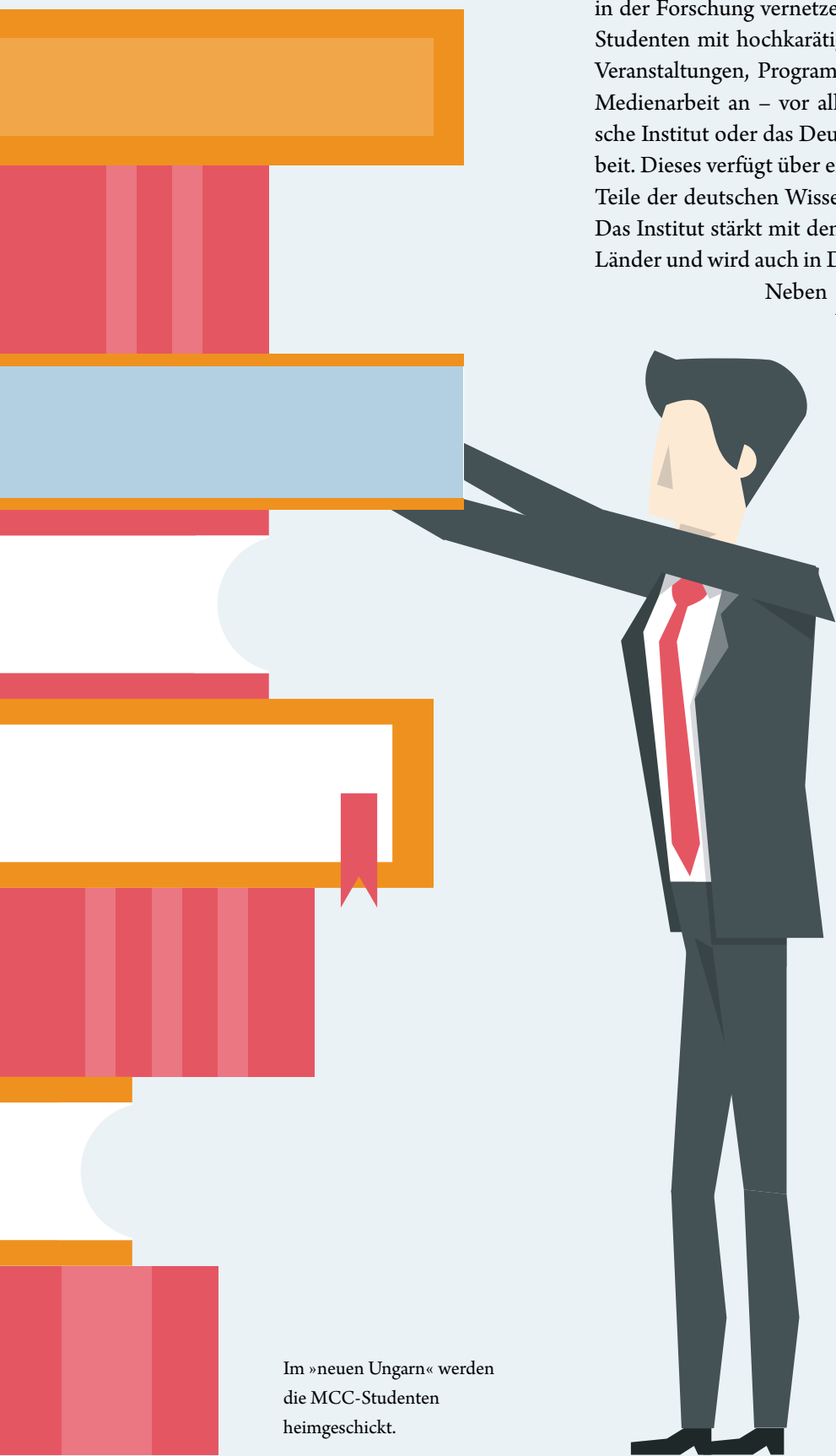
VON BENCE BAUER

Der neue ungarische Ministerpräsident Péter Magyar machte aus seiner Meinung zum Mathias Corvinus Collegium nie einen Hehl. Nach dem Willen der neuen Regierung sollen die Bildungseinrichtungen öffentliche Zuwendungen sowie sämtliche daraus erzielte Erträge wieder abgeben, was das wirtschaftliche Aus bedeutet.

Das Mathias Corvinus Collegium (MCC) ist eine 1996 als private Stiftung gegründete Einrichtung der Begabtenförderung. Fußend auf der Tradition der sogenannten Fachkollegien in der Belle Époque, betätigten sich die in den 1970er Jahren neu gegründeten Kollegien als Wohnheim mit Bildungsauftrag, als Einrichtung außeruniversitärer Ausbildung und als Hort von Gemeinschafts- und Bildungsaktivitäten. Sie waren auch Orte des offenen, demokratischen Diskurses und für begabte junge Leute höchst attraktiv. Gesellschaftliche Integration, soziale Verantwortung und leistungsorientierter Aufstieg waren damals wie heute zentral. Mit mehr als 8 000 jungen Menschen – davon etwa 1 000 Studenten verteilt auf Budapest und weitere sechs Städte – ist das MCC das größte Fachkolleg in Ungarn. Dabei werden nicht nur allgemein Bildungschancen eröffnet, sondern bewußt Jugendliche in ländlichen Räumen gefördert und deren Aufstiegschancen verbessert. Alle Angebote sind kostenfrei, Mentoring und Stipendien kommen dazu. Ab dem Universitätsprogramm besteht die Möglichkeit ausländischer Studien- und Forschungsaufenthalte an renommierten Partneruniversitäten, etwa an



Lange war das MCC eine
Leiter zum Erfolg.



Im »neuen Ungarn« werden die MCC-Studenten heimgeschickt.

der European School of Management and Technology Berlin und der University of Oxford sowie an anderen bedeutenden wissenschaftlichen Einrichtungen. Das Ziel ist, daß international aufgeschlossene junge Leute mit dem im Ausland gewonnenen Erfahrungs- und Wissensschatz wieder nach Ungarn zurückkehren, um ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zum Wohle des Landes einzusetzen. Für die Lehre stehen sechs Abteilungen der geisteswissenschaftlichen Disziplin zur Verfügung, in der Forschung vernetzen die sechs vom MCC finanzierten Institute zahlreiche Studenten mit hochkarätigen internationalen Experten. Sie bieten mannigfaltige Veranstaltungen, Programme, Forschungen, Analysen, Briefings und eine breite Medienarbeit an – vor allem das Migrationsforschungsinstitut, das Klimapolitische Institut oder das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit. Dieses verfügt über ein breites Netzwerk in Deutschland und bringt wichtige Teile der deutschen Wissenschafts-, Medien- und Think-Tank-Welt nach Ungarn. Das Institut stärkt mit den vielen Partnerschaften die Beziehungsgeflechte beider Länder und wird auch in Deutschland als seriöse Adresse wahrgenommen.

Neben diesen Aktivitäten spielt die internationale Netzwerkbildung eine wichtige Rolle. Während sich die Institute fachpolitisch aufstellen, hat das MCC durch den europäischen Diskurs eine gewisse Bekanntheit gewonnen. Aus diesem Grund kommt dem MCC in der europäischen Öffentlichkeit eine Stellung im Geflecht der konservativen Kräfte zu. Dies deckt sich aber nicht unbedingt mit der konkreten Verortung und Verankerung in Ungarn. Die Einrichtung ist nämlich parteipolitisch strikt ungebunden, ideologisch nicht festgelegt und steht auf einem bürgerlichen Wertefundament.

Ein wichtiges Indiz ist hierfür der Begriff »patriotisch«: Während im deutschen Diskurs dieses Wort eher der politischen Rechten zuzuordnen ist, nehmen in Ungarn fast alle für sich in Anspruch, patriotisch zu sein, auch die neue Tisza-Regierung von Péter Magyar. Der Begriff ist in Ungarn inklusiv, anders als in Deutschland. Das MCC will nach eigener Darstellung patriotische junge Ungarn fördern. Dies ist in Ungarn eine Einstellung, die die gesamte Gesellschaft einschließt, in den deutschen Befindlichkeiten und der medialen Darstellung aber nichts anderes sein kann als eine strikt konservative bis rechte Attitüde.

Anders als in Deutschland gibt es in Ungarn keine Tendenzbetriebe. Eine politische Zugehörigkeit wird weder gefragt noch verlangt und die MCC-Studenten stehen für die ganze Bandbreite an politischen Ansichten in Ungarn. Sie werden weder politisch geschult noch indoktriniert, sondern ausschließlich aufgrund von Leistung und wissenschaftlicher Exzellenz gefördert. Dennoch verstärkte sich in der Öffentlichkeit ein entgegengesetzter Eindruck, weil auch viele fälschlicherweise annahmen, daß diese große Toleranz doch gar nicht möglich sein könne. Wenn man mit den Studenten spricht, sie unterrichtet und

mit ihnen arbeitet, gewinnt man einen guten Eindruck von deren Stimmungslage. Bei den Parlamentswahlen 2026 entsprach diese wie erwartbar der ganzen Bandbreite der ungarischen Gesellschaft, inklusive starker Sympathien für die Tisza von Péter Magyar, was durchaus repräsentativ für das Empfinden junger Menschen in Ungarn ist. Eine Kaderschmiede sähe anders aus.

Bemerkenswerterweise wurde das MCC auch aus den Reihen der Fidesz – wenn auch nicht öffentlich – kritisiert. Ihm wurde vorgeworfen, inhaltlich zu liberal und weltoffen zu sein. Gerade dies zeigt jedoch, daß eine politische Einflußnahme auf die Lehre in der Praxis schlicht nicht funktioniert – unabhängig von der Couleur der jeweiligen Regierung.

Die Hauptkritik der neuen ungarischen Regierung bezieht sich zunächst auf die vermeintliche politische Rolle der Einrichtung und deren Finanzausstattung. Das MCC hat 2020 von der Ungarischen Nationalversammlung einen großen Finanzstock bekommen, der nicht verkauft oder veräußert werden darf, nämlich zehn Prozent der Aktien des Mineralölkonzerns MOL und zehn Prozent der Aktien des Pharmakonzerns Richter Gedeon. Die Dividenden haben gereicht, um exzellente Bildung, Stipendien, Wohnheime, Bildungszentren und internationale Aktivitäten zu finanzieren. Die neue Regierung kritisiert, daß dieses Vermögen der öffentlichen Hand entzogen sei.

Alle Ungarn sind Patrioten

Im Jahr 2021 wurde das MCC, wie auch 22 Universitäten des Landes und andere Einrichtungen, in eine sogenannte »vermögensverwaltende öffentlich-rechtliche Stiftung« (KEKVA) umgewandelt, auf die staatliche Vergabevorschriften anzuwenden sind. Der wesentliche Gedanke dieses Finanzierungsmodells bestand darin, nicht auf staatliche Haushaltsmittel angewiesen zu sein. Hintergrund war die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte, daß die Finanzierung von Bildung, Hochschulbildung und Begabtenförderung häufig von parteipolitischen Auseinandersetzungen und politischen Interessen abhängig war. Durch die Stiftungsfinanzierung sollten diese Einrichtungen langfristig planbar und unabhängig arbeiten können, ohne den politischen Schwankungen ausgesetzt zu sein. Dieses System brachte eine bessere Finanzierung, stärkere Autonomie und höhere Exzellenz. Die Amtszeiten der Kuratoriumsmitglieder waren unbegrenzt, was Kritiker auf den Plan rief. Einige Kuratoren waren zudem Politiker. Die Europäische Kommission monierte dies, ebenso wie die Praxis der Bestellung der Kuratoren sowie den Entzug der Stiftungsgelder vor staatlichem Zugriff, was ihrer Meinung nach systemische Korruptionsmöglichkeiten eröffne. Jedoch werden auch diese Einrichtungen vom Rechnungshof kontrolliert und die Politiker im Kuratorium traten bereits vor Jahren zurück.

Eine ähnliche Konstruktion wird in Deutschland etwa bei der Konrad-Adenauer-Stiftung angewandt, die zwar formalrechtlich ein eingetragener Verein ist, aber aufgrund der 99-Prozent-Finan-

zierung durch die öffentliche Hand vielen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen unterliegt. Die Tisza-Partei forderte aber in ihrem Wahlprogramm, die öffentliche Unterstützung des MCC aufgrund angeblicher politischer Aktivitäten einzustellen und das Stiftungsvermögen zurückzuführen. Mit dem Wahlergebnis erreichte sie eine Zweidrittelmehrheit, die nun weitreichende Änderungen ermöglicht.

Ein am 29. Juni 2026 in Kraft getretenes Gesetz stipuliert, daß die KEKVA-Universitäten (also die Stiftungen von öffentlichem Interesse) bis zum 31. August 2027, das MCC und nicht-universitäre KEKVA-Stiftungen bis zum 31. August 2026 aufzulösen sind. Bereits früher im Juni hatte sich die Regierung die Gründungsrechte gesichert, also das Recht zur Ernennung der Kuratorien.

Ein Beispiel für eine Stiftung nach diesem Modell ist auch die Frontiers Foundation. Sie wird vom Nobelpreisträger Ferenc Krausz geleitet, der am Max-Planck-Institut tätig ist. Die Stiftung fördert und finanziert sowohl die Begabtenförderung im Bereich der Naturwissenschaften als auch die wissenschaftliche Spitzenforschung auf internationalem Höchstniveau. Freilich ändert sich mit der Neuregelung nur die Rechtsform, nicht die Organisation als Ganzes. Etwaige Gründer können die Einrichtungen wieder übernehmen. Die staatlichen Dotationen sind jedoch komplett zurückzugeben. Das Gesetz besagt auch, daß die Dividenden und alle hieraus erlangten Vermögensgüter an den Staat zu übertragen sind. Da das MCC anders als die Frontiers Foundation auch über viele private Mittel verfügt, beginnt nun eine komplizierte Vermögenstrennung.

Ob und wie opportun es ist, eine renommierte Einrichtung der Ausbildung junger Talente aufgrund politischer Vorgaben ausbluten zu lassen, ist wiederum eine andere Diskussion. Die Regierung hat es nach der geltenden neuen Gesetzeslage jederzeit in der Hand, das Leitungsgremium des MCC wie aller anderen Stiftungen auszutauschen. Auch kann nunmehr der komplette Betrieb ersatzlos eingestellt werden. Der Entzug des Stiftungsvermögens und sämtlicher daraus erzielter Erträge ist ein großes Risiko und führt zur wirtschaftlichen Handlungsunfähigkeit und letztlich zum Zusammenbruch. Es ist kaum vorstellbar, was passieren würde, wenn eine neue politische Kraft in Deutschland dem Modell der deutschen Stiftungsfinanzierung von einer Minute auf die andere komplett den Boden entziehen würde. ♦



BENCE BAUER, Jurist und Historiker, studierte in Passau, Würzburg, Bonn und Budapest und war mehr als zehn Jahre für die Konrad-Adenauer-Stiftung tätig. Seit 2020 leitet er das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit. Nach seiner letzten Buchveröffentlichung *Ungarn ist anders* erscheint bald sein Werk *Wege zum Paneuropäischen Picknick und zur Grenzöffnung 1989* bei Duncker & Humblot.